

Demo „Soziale Rechte für Alle“ - 28.10.2023 - Rede FAU

Hallo zusammen. Wir sprechen für die Basisgewerkschaft FAU und auch wir unterstützen die Forderungen der heutigen Demonstration, insbesondere die nach Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes. In unseren Augen handelt es sich um ein extrem repressives Gesetz, welches systematisch Arbeiter:innen ohne deutsche oder EU-Staatsbürgerschaft diskriminiert.

Uns ist wichtig zu betonen, dass die durch das Asylbewerberleistungsgesetz betroffenen Menschen nicht nur Geflüchtete oder Einwanderer sind, sondern auch Arbeiter:innen. Ein Arbeitsverhältnis eingehen zu können bildet in kapitalistischen Gesellschaften eine Grundform gesellschaftlicher Integration, unabhängig davon wie das zu bewerten ist.

Haben die durch das Asylleistungsbewerberggesetz betroffenen Arbeiter:innen diese Option?

Nein! Sie unterliegen überwiegend einem Arbeitsverbot! Sie werden gezwungen staatliche Unterstützung zu beantragen, wenn sie nicht hungern wollen. Die Leistungen die sie erhalten liegen dabei deutlich unter den regulären Sozialleistungen.

Und es geht noch weiter: § 5 des Asylbewerberleistungsgesetz sieht vor, dass diese Arbeiter:innen zu sogenannten „Arbeitsgelegenheiten“ herangezogen werden können. Vorrangig dienen diese Arbeitsgelegenheiten dazu die Sammelunterkünfte – in der sie zwangsweise einquartiert werden – am Laufen zu halten. Dort müssen sie dann für 80 Cent Aufwandsentschädigung die Stunde arbeiten. Ein Betrag weit unter dem gesetzlichen Mindestlohn, geschweige denn irgendwelcher Tariflöhne. Weigern sie sich, drohen ihnen Sanktionen und Kürzungen! Das ist nichts weiter als ein Zwang zur Arbeit – übrigens nicht unähnlich zu den sogenannten 1€ Jobs für Langzeitarbeitslose. Nur eben 20 Cent weniger – und damit ein klarer Verstoß gegen die Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation gegen Zwangs- oder Pflichtarbeit.

Da das Thema der heutigen Demonstration „Soziale Rechte“ ist, möchten wir gerne noch über ein anderes Thema sprechen, das uns in unserer gewerkschaftlichen Arbeit immer wieder begegnet:

Menschen die hier herkommen, dürfen häufig nur bleiben, wenn sie eine Erwerbstätigkeit oder einen sogenannten „gesicherten Lebensunterhalt“ nachweisen können. Andere haben ein Arbeitsverbot.

Arbeitsrechte stehen in Deutschland jede:r Arbeiter:in - unabhängig von ihrer Herkunft zu. Aber diese Arbeitsrechte, werden von Arbeiter:innen ohne unbefristeten Aufenthaltstitel oder von Arbeiter:innen die arbeiten, obwohl sie einem Arbeitsverbot haben, häufig nicht wahrgenommen, aus Angst vor den Folgen für ihr Aufenthaltsrecht.

Dies machen sich auch gern einmal Bosse im Niedriglohnbereiche zu Nutze: Oft wird nicht mal der gesetzliche Mindestlohn gezahlt oder Löhne werden nur teilweise oder gar nicht gezahlt. Auch der Kündigungsschutz wird meist missachtet. Die restriktiven ausländerrechtlichen Gesetze hebeln bestehende Rechte von Arbeiter:innen aus und krasse Ausbeutungsverhältnisse werden ermöglicht

Diese Diskriminierung ist kein Zufall, sondern staatlich gewollt. So ist gleich in § 1 des Aufenthaltsgesetzes klar gemacht, dass es um „Steuerung und Begrenzung des Zuzugs von Ausländern in die Bundesrepublik Deutschland“ geht, wobei die „wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Interessen“ der Bundesrepublik die Zuwanderung bestimmen.

Nationalstaatliche Grenzen organisieren weltweit die Ausbeutung im Sinne des Kapitals. Mauern, Zäune, Pushbacks, aber auch Greencard und Zuwanderungsabkommen regeln die Unterschichtung

kapitalistischer Arbeitsmärkte. Das ideologische Gerede von Gleichheit und Freiheit klingt immer hohler, je weiter du am Eingang in dies sog. Arbeitsmärkte bist.

Da es in einer kapitalistischen Weltgesellschaft keine Gleichheit für alle geben kann, und dies durch die aktuellen Kriege und den Klimawandel immer deutlicher wird, organisieren die Nationalstaaten ihre Grenzen immer brutaler. Nur so können sie das aufrecht erhalten, was sie politische Ordnung und staatliche Souveränität nennen. Nur so können sie immer wieder versuchen, die Klassengegensätze zwischen Kapital und die Arbeit, die globale Ausbeutung, mal repressiv oder mal sozialstaatlich zu regulieren.

Das Kapital agiert transnational - unsere Gewerkschaftsbewegung muss mindestens ebenso transnational agieren.

Wir lehnen die rassistische Diskriminierung eines Teils der Arbeiter:innenklasse entschieden ab: Ein Angriff auf einen Teil der Arbeiter:innenklasse ist ein Angriff auf uns alle!

Die Gewerkschaftsbewegung muss klar sagen:

Das Asylbewerberinnenleistungsgesetz muss weg!

Arbeitsverbote gehören aufgehoben!

Es müssen Tariflöhne gezahlt werden, nicht 80 Cent Aufwandsentschädigung!

Wer bleiben will soll bleiben!